

REPUBLIK ÖSTERREICH
DATENSCHUTZRATA-1014 Wien, Ballhausplatz 1
Tel. (0222) ~~9015/2520, 2525~~
Fernschreib-Nr. 1370-900

531 15/0

GZ 816.024/1-DSR/90

Dr. SINGER
2768Entwurf eines Bundesgesetzes, mit
dem das Ausländerbeschäftigungs-
gesetz geändert wird;

Stellungnahme des Datenschutzrates

An das
Präsidium des Nationalrates1010 W i e n

BUNDES-GESETZENTWURF	
Zl.	29. GE 9. P.
Datum:	3. APR. 1990
Verteilt:	5. 4. P. Mayer

H. Mayer

In der Anlage werden 25 Kopien der Stellungnahme des
Datenschutzrates zum Pflanzenschutzmittelgesetz übermittelt.
Der Datenschutzrat ersucht, diese Stellungnahme dem mit der
Beratung dieses Gesetzesentwurfes betrauten Ausschuß
zuzuleiten.

30. März 1990
Für den Datenschutzrat
Der Vorsitzende:
VESELSKY

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

Mayer



REPUBLIK ÖSTERREICH
D A T E N S C H U T Z R A T

A-1014 Wien, Ballhausplatz 1
Tel. (0222) ~~6615/2528, 2525~~
Fernschreib-Nr. 1370-900

531 15/O

GZ 816.024/1-DSR/90

Dr. SINGER
2768

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit
dem das Ausländerbeschäftigungs-
gesetz geändert wird;

Stellungnahme des Datenschutzrates

An das
Bundesministerium für
Arbeit und Soziales

Stubenring 1
1010 W i e n

Der Datenschutzrat hat zu dem mit do. Zl. 35.401/3-2/90 vom
15. Februar 1990 übermittelten Entwurf eines Bundesgesetzes,
mit dem das Ausländerbeschäftigungsgesetz geändert wird, in
seiner 68. Sitzung am 30. März 1990 beschlossen, folgende

S t e l l u n g n a h m e

abzugeben:

Zu § 4 Abs. 1:

Nach dieser Bestimmung sind bei der Beurteilung der Lage und
Entwicklung des Arbeitsmarktes die bei "den Dienststellen der
Arbeitsmarktverwaltung" zur Vermittlung vorgemerkten
Arbeitskräfte in einer bestimmten Reihenfolge zu
berücksichtigen.

Unklar bleibt, ob die Daten ausschließlich im Bereich der
jeweiligen Dienststelle für die genannte Beurteilung
herangezogen werden, oder ob zwischen verschiedenen
Dienststellen ein Datenaustausch zum Zweck einer überregionalen
Beurteilung erfolgt. In letzterem Fall bleibt weiters
ungeklärt, welche konkreten Datenarten übermittelt werden

- 2 -

sollen. Sofern jedoch Übermittlungen an andere Dienststellen erfolgen, wäre in Übereinstimmung mit der ständigen Rechtsansicht des Datenschutzrates und der ständigen Entscheidungspraxis der Datenschutzkommission der genaue Inhalt dieser Übermittlung (aufgegliedert nach Betroffenenkreisen, Datenarten und Empfängerkreisen) zu umschreiben.

Es wird jedoch darauf hingewiesen, daß im Hinblick auf das Gebot des § 1 Abs. 2 des Datenschutzgesetzes jede Datenübermittlung nur in einem solchen Umfang vorgesehen werden darf, als sie zur Erreichung einer der in Art. 8 Abs. 2 MRK vorgesehenen Gründe dient. Nach Ansicht des Datenschutzrates müßte es ausreichen, für die Beurteilung der Lage und Entwicklung des Arbeitsmarktes die Daten ohne Namensnennung zu verwenden.

Zu § 8 Abs. 3:

Der genaue Inhalt des Dienstzettels, dessen Übermittlung an das Arbeitsamt eine Datenübermittlung im Sinne des § 18 des Datenschutzgesetzes ist, bleibt unklar, da diese Bestimmung die Inhalte lediglich beispielsweise aufzählt. Der Inhalt des Dienstzettels wäre taxativ aufzuzählen. Dies erscheint aus Gründen der Rechtssicherheit auch deshalb erforderlich, da durch eine falsche Auslegung der Bescheidaufgabe durch den Bescheidadressaten der Dienstzettel unvollständig sein könnte und dadurch die Bescheidaufgabe nicht eingehalten wäre. Die Bestimmung erscheint jedoch ohne nähere inhaltliche Determinierung auch im Hinblick auf Art. 18 B-VG bedenklich.

Im übrigen bezweifelt der Datenschutzrat jedoch, daß für eine wirksame Kontrolle die generelle Bekanntgabe der Bedingungen und der Daten des konkreten Arbeitsverhältnisses notwendig ist. Es müßte für eine Kontrolle eine generelle Bestätigung des Arbeitgebers, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen eingehalten worden sind, ausreichen, ohne, daß die konkreten Lohn- und Gehaltsdaten bekanntgegeben werden. Eine über die notwendige

- 3 -

Informationsübermittlung hinausgehende Verpflichtung zur Datenübermittlung wäre jedoch gemäß § 1 Abs. 1 DSG iVm § 1 Abs. 2 DSG und Art. 8 Abs. 2 MRK verfassungsrechtlich bedenklich.

30. März 1990
Für den Datenschutzrat
Der Vorsitzende:
VESELSKY

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

Mayer